

Deutschland boykottiert den Atomwaffenverbotsvertrag

Am 7. Juli 2017 wurde bei der UNO der Atomwaffenverbotsvertrag abgeschlossen: 122 Länder stimmten zu. Die Atommächte und die NATO-Staaten bis auf die Niederlande blieben den Verhandlungen fern. Die Niederlande waren dann der einzige Teilnehmerstaat, der am Ende mit Nein stimmte.

Wenn nun 50 Staaten diesen Vertrag ratifizieren, wird er Völkerrecht. Er erinnert an die katastrophale Vernichtungskraft von Atomwaffen und die Risiken ihrer bloßen Existenz. Er untersagt deshalb nicht nur unter allen Umständen ihren Einsatz, sondern auch schon die atomare Drohung. Allen Staaten, die ihn unterzeichnen, verbietet er die Entwicklung, Herstellung oder den sonstigen Erwerb von Atomwaffen, ihren Besitz und ihre Lagerung. Das Verbot umfasst auch Beihilfe zu diesen Aktivitäten und die Stationierung auf fremden Territorien.

Der Vertrag führt nicht morgen schon zur Verschrottung aller Atomwaffen. Er folgt dem Beispiel der Vernichtung von chemischen und biologischen Vernichtungswaffen: Ihre völkervertragliche Ächtung war der erste Schritt, danach waren immer mehr Staaten bereit, sie zu vernichten. So soll es nun auch mit Atomwaffen geschehen.

Die NATO-Strategie der nuklearen Planung und Abschreckung sind mit dem Vertrag völlig unvereinbar. Ebenso das für Deutschland geltende Konzept der nuklearen Teilhabe: US-Atomwaffen werden nicht nur in Büchel, sondern auch noch in vier weiteren europäischen Ländern zum Kriegseinsatz mit Hilfe des Militärs des jeweiligen Staates bereitgehalten.

Die Verweigerungshaltung Deutschlands und aller anderen NATO-Staaten gegenüber dem Atomwaffenverbotsvertrag steht in Gegnerschaft zum Völkerrechtsverständnis der großen Mehrheit der UN-Mitglieder.



Das Streben nach der Atommacht

Der Wunsch nach Atomwaffen beherrschte seit den 50-er Jahren die Regierungen der Bundesrepublik. Völlig ungezügelt und offen vertrat dies Franz-Josef Strauß, der bis 1956 Atomminister war, und dann als Verteidigungsminister zusammen mit Bundeskanzler Adenauer die atomare Bewaffnung der Bundesrepublik plante. Adenauer bezeichnete öffentlich Atomwaffen als nichts weiter als „eine Weiterentwicklung der Artillerie“. Der Widerstand in der Bevölkerung – vor allem die Bewegung „Kampf dem Atomtod“ – verhinderte die Umsetzung der atomaren Regierungspläne.

Die offizielle deutsche Politik nahm von eigenen Atomplänen auch deshalb Abstand, weil es dagegen Widerstand aus den USA und in der Nato gab. Die in Deutschland mit großem Aufwand forcierte „zivile“ Nutzung der Atomenergie sichert aber einen eigenen Zugriff auf waffenfähiges Nuklearmaterial.

Die neuen Befürworter „einer stärkeren „Verantwortung“ Deutschlands in der Weltpolitik“ meinen dies durchaus militärisch und atomar. Die deutsche Militärpolitik setzt nicht nur auf das Nato-Bündnis mit den Atommächten USA, Großbritannien und Frankreich, sondern zunehmend auf eine europäische Lösung eng zusammen mit Frankreich und seiner atomaren Force de Frappe.

Dabei bleibt der Weg zu eigener Verfügungsgewalt über Atombomben offen. Heute zeigt sich das nicht nur daran, dass aktuell der Atomwaffenverbotsvertrag abgelehnt wird. Trotz des beschlossenen Atomausstiegs soll z. B. die Urananreicherungsanlage in Gronau weiter betrieben werden.



6. August: Hiroshima-Gedenktag Erinnerung an Hiroshima vor 73 Jahren

Am 6. August 1945 wurde die japanische Stadt Hiroshima durch eine Atombombe der USA dem Erdboden gleichgemacht. 78.000 Menschen starben sofort, 120.000 fielen den Folgen der Explosion zum Opfer.

Weltweit gibt es heute rund 16.000 Atombomben. Davon sind 1.800 in höchster Alarmbereitschaft. Alle Atomstaaten stecken unvorstellbare Geldsummen in die Aufrüstung und Modernisierung der Nuklearwaffen. Die Atomstrategie der NATO zielt darauf ab, einen Atomkrieg führen und gewinnen zu können.

Atomwaffen in Deutschland einsatzbereit: 200 Kilometer von Bochum entfernt

Atomwaffen lagern auch in Deutschland, im weniger als 200 Kilometer von Bochum entfernten Büchel in der Eifel. Sie haben jeweils die 26 fache Sprengkraft der Hiroshima-Bombe. Deutsche Kampfpiloten üben unter NATO-Befehl den Abwurf dieser Bomben. Die USA wollen diese Bomben bis 2020 modernisieren. Aus frei fallenden Bomben werden per Laser gesteuerte Lenkraketen, die dann neue Möglichkeiten eröffnen, atomare Vernichtung sehr gezielt vorzunehmen. Solche „smarten“ Atombomben sollen die Hemmschwelle senken, sie einzusetzen.

Deutsche Politik will nukleare Teilhabe

2010 forderte der Bundestag mit breiter Mehrheit den Abzug aller US-Atom-Waffen aus Deutschland. So stand es 2009 im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und FDP. Bundeskanzlerin Merkel erklärte jedoch die nukleare Abschreckung der NATO für unverzichtbar. Auch die SPD hält an der Strategie der „nuklearen Teilhabe“ Deutschlands fest. Die „große“ Koalition von CDU/CSU und SPD lehnt den Atomwaffenverbotsvertrag der UN ab und will die modernisierten Atombomben in der Eifel behalten.

Mayors for Peace fordern: Atomwaffenverbotsvertrag unterzeichnen!

Die internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen ICAN erhielt im letzten Jahr den Friedensnobelpreis für ihren unermüdlichen Einsatz, die Vereinten Nationen zu einem bindenden völkerrechtlichen Vertrag zur Abschaffung aller Atomwaffen zu bewegen. ICAN ist ein internationales Bündnis von inzwischen 468 Nichtregierungsorganisationen aus 101 Ländern. Dazu gehören auch die Mayors for Peace. Die deutsche Sektion der Friedensbürgermeister hat vor kurzem die Bundesregierung aufgefordert, den Atomwaffenverbotsvertrag zu unterschreiben. Sie will eine Unterschriftenkampagne in den Städten auf den Weg bringen, deren Stadtoberhäupter Mitglied bei Mayors for Peace sind.

Bochums Oberbürgermeister Thomas Eiskirch ist Mitglied. Ob er mitmacht? Die Bochumer Friedensbewegung würde ihn gern bei der Kampagne unterstützen.



ican
international campaign
to abolish nuclear weapons

Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen

Bochumer Friedensplenum
www.bo-alternativ.de/friedensplenum



DFG-VK
Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen

Vi.S.d.P.: Martin Budich, Friedensplenum
c/o Soziales Zentrum, Josephstr. 2, Bochum